Antrag öffentlich	Datum 24.11.2022	Nummer A0249/22

Absender **Fraktion GRÜNE/future!**	
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	08.12.2022

Kurztitel Transparente Stellungnahmen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten Vorlagen der Verwaltung, wie Stellungnahmen, Informationsvorlagen und Drucksachen so zu gestalten, dass Stadträt*innen, Bürger*innen und Journalist*innen diese möglichst einfach nachvollziehen können.

Dafür werden für zukünftige Vorlagen folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Sofern auf ein Gesetz oder ähnliches Bezug genommen wird, ist dies in der aktuell gültigen Fassung mit eindeutigen Verweisen und, wenn möglich, durch einen URL-Link auf die Quelle in einer Fußnote zu zitieren.

2. Bei Bezugnahme auf frühere Vorlagen und/oder Beschlüsse des Stadtrates, sind diese durch möglichst präzisen Quellenverweis zu verlinken. Gleiches gilt für die Bezugnahme auf Förderprogramme.

3. Sofern auf Veröffentlichungen Bezug genommen wird, sind diese durch möglichst präzisen Quellenverweis und Link zu verlinken.

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, diese Maßnahmen schrittweise und bis spätestens Juli 2023 vollständig einzuführen.

Um Überweisung in den KRB wird gebeten.

<u>Begründung:</u>

Veröffentlichte Vorlagen der Magdeburger Stadtverwaltung beeinflussen den öffentlichen, journalistischen und politischen Diskurs in der Landeshauptstadt maßgeblich. Sie sind Information und Beratungsgrundlage, setzen mit ihren Argumenten diskursive Rahmen und nehmen damit erheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung und wirken damit auch Falschinformationen entgegen. Eine transparente, überprüfbare Darlegung der fachlichen Einschätzungen leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Die Stadtverwaltung verfügt über umfangreiche fachliche Kompetenzen, die von ehrenamtlichen Stadträt*innen und Bürger*innen, die nicht hauptberuflich in diesen Feldern tätig sind, nicht unmittelbar nachvollzogen werden können. Durch den klaren Verweis auf die fachlichen Quellen und Entscheidungsgrundlagen kann die Verwaltung zum Wissenstransfer für Stadträt*innen und die Bevölkerung beitragen.

Da die Konsultation von Quellen und die Aufarbeitung der Sachlage für die fachliche Aufarbeitung von Verwaltungsvorlagen unabdingbar ist und die meisten leitenden Verwaltungsmitarbeitenden eine wissenschaftliche Grundausbildung durchlaufen haben, sollte sich der daraus resultierende zusätzliche Aufwand in Grenzen halten. Viel mehr lässt sich dadurch sogar Aufwand einsparen.

Immer wieder kommt es im Nachgang von Veröffentlichungen Unklarheiten zu Anfragen im Rahmen des Informationszugangsgesetzes oder zu Rückfragen an Stadtratsfraktionen. Diesem berechtigten Informationsbedarf der Bevölkerung könnte die Verwaltung durch Umsetzung der genannten Maßnahmen proaktiv begegnen.

Kathrin Natho
Fraktionsvorsitzende

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender